U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

25. Jahrgang No 3. | Münster, Sask., Donnerstag, den 25. Februar 1926 | Fortlaufende No. 1146

Welt-Rundschau.

Die Kirchenverfolgung in Mexiko

Der folgende Paragraph erschien im Saskatoon Daily Star vom 23. Februar:

„Nonnen sehen Veränderung. Seit 40 Jahren gehen sie zum ersten Male auf den Straßen; einige derselben sind verwirrt und erstaunt. — Mexico City. Febr. 22. Einige der Nonnen von isolierten Konventen, die von der Regierung geschlossen wurden, sind zum ersten Male seit 40 Jahren auf den Straßen erschienen. Sie kamen buchstäblich in eine neue Welt und erschienen erstaunt und verwirrt über die Veränderungen, welche sie sahen. Sie hatten nie zuvor Automobile oder Straßenbahnen gesehen. Sie erschienen fast hilflos. Sie waren auch verwirrt über die Veränderungen in der Mode von Röcken und Hüten, die während ihrer Abgeschlossenheit von 40 Jahren vor sich gegangen waren, und es war nur mit dem Beistande von Freundinnen, daß sie sich Kleider kaufen konnten."

Für diesen Paragraph ist natürlich nicht die Zeitung von Saskatoon verantwortlich, außer insoweit als sie zu dem großen System gehört, das die ganze Welt umspannt. Alle anderen größeren Zeitungen, die von der Associated Preß bedient werden, enthielten dieselbe Nachricht. Die Weltpresse greift alles auf, was für die Lesermasse interessant ist, und macht die Neuigkeiten in einer Weise zurecht, daß sie für dieselben pikant werden. Und pikant muß z. B. obige Notiz in der Tat sein, vor allem für Leserinnen, die ganz nach den modernen Grundsätzen gebildet und erzogen wurden. Wie kann man da so erhaben die Nase rümpfen über diese einfältigen Geschlechtsgenossinnen, die sich für 40 lange Jahre einmauern ließen und nicht einmal einen Blick auf die Straße sich erlaubten, um die neuesten Errungenschaften im Verkehrswesen zu bewundern und die beständigen Veränderungen auf dem Gebiete der weiblichen Mode und Verschönerungskunst zu studieren, geschweige denn selbst mitzumachen. Ach diese armen Geschöpfe, die in solch trauriger Weise ihre Jugend begraben und verträumt haben, anstatt die Freuden des Lebens zu genießen! Kein Wunder, daß sie jetzt gar nicht mehr in die Welt hineinpassen, sondern ganz hilflos dastehen und bei zivilisierten Leuten zum Gespötte werden oder doch ein mitleidiges Lächeln auslösen.

Doch dabei bleiben die Gedanken nicht stehen. Es ist nur zu natürlich, von solchen „Tatsachen" auf die Ursache derselben überzugehen. Daß hier Tatsachen beschrieben seien und nicht etwa Hirngespinste, daran zu zweifeln fällt unter 1000 Lesern auch nicht einem ein. Die Ursache solcher Uebelstände, wie die Presse sie beschreibt, ist wohlbekannt, wenn sie auch nicht immer mit Namen genannt wird. Diese Ursache, das weiß jeder Leser, ist die katholische Kirche. Sie hat also an diesen armen Geschöpfen ein himmelschreiendes Unrecht begangen. Sogar wenn sie an dem traurigen Lose dieser Armen nicht weiter beteiligt gewesen wäre, als indem sie denselben erlaubte oder sie ermunterte, ein solches widernatürlichs Leben zu führen, wäre sie strengstens zu verurteilen. Denn bekanntlich sind es Mädchen im unerfahrenen Alter, die eine solche Lebensweise ergreifen, und diese Unerfahrenheit hat die Kirche mißbraucht. Die meisten Leser sind außerdem überzeugt, daß viele Nonnen nicht durch die bloße Erlaubnis oder Aufmunterung der Kirche ein Leben hinter Klostermauern gewählt haben, sondern durch List oder Gewalt dazu gezwungen wurden, und wenn sie vielleicht später den Schritt auch noch so sehr bedauerten, ihrem Schicksal nicht mehr entrinnen konnten. Denn wer unter den Gebildeten in der Welt, der überhaupt liest, hätte nicht in manchen Romanen und Novellen, in Zeitschriften, in Büchern von abgefallenen Priestern und Nonnen, oder solcher, die sich dafür ausgaben, ja sogar in Geschichtswerken, gelesen, welch haarsträubende Mißbräuche die katholische Kirche in Nonnenklöstern nicht bloß toleriert, sondern absichtlich unterhält? Gar manche sind darüber sogar von ihren Kanzeln aus oder in der Sonntagsschule unterrichtet worden.

Alles, was der einzelne Zeitungsleser je gelesen oder gehört hat und an dessen Wahrheit er nicht zweifelt, kommt beim Lesen einer solchen Zeitungsnotiz wieder ins Gedächtnis zurück. Die Absicht derer, welche die Notiz durch die Associated Preß verbreiten, wird dadurch vollständig verwirklicht: das Vorurteil gegen die katholische Kirche lebendig zu erhalten, den Haß gegen sie von neuem aufzustacheln, in jedem wohlmeinenden und wahrheitssuchenden Nichtkatholiken die Versuchung, dieser Kirche sich zu nähern, im vorhinein zu unterdrücken.

Das ist aber nicht alles, was sie erreichen wollen und auch wirklich erreichen. Der Leser gleitet ohne einen weiteren Gedanken über die Phrase hinweg, **daß diese Konvente von der Regierung geschlossen wurden.** Dieselbe besagt ihm höchstens, daß die Regierung von Mexico eine lobenswerte Handlung vollbrachte, indem sie solchen Mißständen ein für allemal ein Ende machte. Er wird nur bedauern, daß sie das nicht schon längst getan hat, daß nicht alle Länder dieses Beispiel nachahmen. Wenn er konsequent weiterdenkt, wird er natürlich zu dem Wunsche kommen, der einst den jüdischen Hohen Rat und alle Verfolger der Kirche in den darauffolgenden Jahrhunderten beseelte, den der berüchtigte Christushasser Voltaire in den Satz kleidete: „Ecrasez l'infame" — Rottet aus die Abscheuliche!" (d. h. die katholische Kirche.)

Seit einer Reihe von Jahren ist die katholische Kirche in Mexico den grausamsten Verfolgungen ausgesetzt. Eine Freimaurerregierung löst d. andere ab und jede betrachtet es, sobald sie fest im Sattel zu sitzen wähnt, als eine ihrer Hauptaufgaben, diese Verfolgung fortzusetzen u. bis zur vollständigen Ausrottung der katholischen Kirche zu Ende zu führen. Es ist noch keine zehn Jahre her, daß Bischöfe und Priester, wenn sie sich nicht der Gefahr des Martertodes aussetzen wollten, ins Ausland flüchten und längere Zeit in der Verbannung leben mußten; manche Priester, denen die Flucht nicht mehr gelang, erlitten d. schmählichsten Tod; Ordensfrauen wurden aus ihren Klöstern gejagt, manche geschändet oder getötet, viele des Landes verwiesen; Kirchen und Kircheneigentum wurden beraubt oder zerstört. Man war — menschlicherweise gesprochen — auf dem besten Wege, der Kirche in Mexico den Garaus zu machen. Es war nur den vielen politischen Wirren zu verdanken, daß ein Nachlassen in der Verfolgung eintrat und die Kirche sich wieder einigermaßen erholte. Bischöfe und Priester kehrten wieder in ihre Sprengel, Ordensleute in ihre Klöster zurück. Während dieser Zeit aber waren auch die Kirchenfeinde nicht müßig. Mit Ingrimm sahen sie zu, wie sich die Kirche gleichsam verjüngt wieder aus der Asche erhob. Sie waren entschlossen, das Versäumte wieder nachzuholen. Sie erließen unterdessen Gesetze, welche die Kirche und alle ihre Anstalten vollständig in ihre Hände geben sollten.

Gerade jetzt holten sich die Gegner der Kirche, welche die ganze Regierung beherrschen, für vorbereitet, den letzten Schlag zu führen. Ihr Motto dabei ist: „Vollständige Trennung von Staat und Kirche". Tar in ging ihnen vor Jahren Frankreich mit dem besten Beispiele voran. Nur gedenken sie in Mexico gründlichere Arbeit zu tun, als es seinerzeit in Frankreich geschehen war.

„Trennung von Kirche und Staat" ist eine der vielen Floskeln, welche der Liberalismus der neueren Zeit geprägt hat. Dieselbe wurde vielerorts theoretisch und praktisch so ausgelegt, daß der Staat sich nicht um die Kirche noch die Kirche um den Staat kümmern, daß keine der beiden Gesellschaften sich in die Angelegenheiten der anderen einmischen solle. In dieser Erklärung fand sie fast überall gute Aufnahme und die öffentliche Meinung gewöhnte sich daran, sie für das einzig richtige System zu betrachten.

Als die französischen Freimaurer gegen Ende des letzten Jahrhunderts darangingen, die Kirche in Frankreich zu entrechten, gaben sie der Phrase eine andere Auslegung: sie erklärten alles Eigentum der Kirche für Eigentum des Staates und zogen daraus die praktische Schlußfolgerung, indem sie alles Kircheneigentum konfiszierten; sie vertrieben alle Ordensleute und erklärten, daß die Kirche im Lande überhaupt keinerlei Rechte besäße, außer solche, welche die Regierung ihr zugestehen wolle.

Nach diesem Muster will jetzt Mexico die Trennung von Kirche und Staat durchführen, nur viel gründlicher als in Frankreich. Die Regierung wird, wenn sie wirklich die Macht hiezu hat, der Kirche jegliches Recht, auch das einfache Recht der Existenz, verweigern. Die Gesetze sind bereits darauf eingerichtet. Der Anfang ist bereits gemacht: katholische Schulen werden geschlossen, fremdgeborene Priester werden des Landes verwiesen, Ordensleute werden aus ihren Klöstern vertrieben, Kircheneigentum wird mit Beschlag belegt usw. Aber das ist bloß der Anfang.

Der eingangs erwähnte Vorgang ist nur ein Episode davon. Man hat arme und hilflose Nonnen ihres Eigentums beraubt und mittellos auf die Straße gesetzt. Und das geschieht im Zeitalter der Toleranz. Wie schwärmt doch die Weltpresse bei jeder Gelegenheit über religiöse Toleranz! Aber nur so lange, als dieselbe nicht zugunsten der katholischen Kirche angerufen wird. Wird die Toleranz gegen die katholische Kirche verletzt, wie es gegenwärtig in krassester Weise in Mexico geschieht, so geht die Presse in emsigster Weise daran, die öffentliche Meinung umzubiden, so daß ihr schwarz als weiß und weiß als schwarz erscheint. Wie obiges interessante Geschichtlein zeigt, ist ihr das eine Leichtigkeit. Die Handlung der mexikanische Regierung ist durchaus keine Intoleranz, beileibe nicht. Im Gegenteil, es bekundet sich darin das aufrichtige Bestreben dieser Regierung, der weltbekannten Intoleranz der katholischen Kirche Abbruch zu tun. Denn die katholische Kirche war ja, wie jedermann weiß, stets die verkörperte Intoleranz, und jeder Schlag gegen diese Kirche ist ein Gewinn für das hohe Ideal der Toleranz.

Die Verfolgung der Kirche wird in Mexico ihren Fortgang nehmen und so weit gehen, als Gott es erlauben wird, keinen Schritt weiter. Unterdessen wird die internationale Freimaurerloge der Welt Beifall klatschen und redlich mithelfen, den gänzlichen Untergang der Kirche daselbst herbeizuführen. Aber, wie die ganze Schöpfung, so ist besonders die Kirche in Gottes Hand, und ihr hat Christus feierlich versprochen: „Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwinden". Seit 19 Jahrhunderten ist ein Feind Christi und seiner Kirche nach dem anderen in ein unrühmliches Grab gesunken, u. d. Kirche steht immer noch unerschütterlich da. Daran wird auch die Weltlage nichts ändern.

Wo wird die Vorkonferenz für Abrüstung stattfinden?

Die Möglichkeit ist gar nicht ausgeschlossen, daß sich der Völkerbund ein anderes Heim finden muß, nicht bloß für die Vorkonferenz, sondern für seine ganze zukünftige Tätigkeit. Denn einerseits wollen die Mächte nicht ohne Rußland über Abrüstung konferieren, anderseits will weder Rußland noch die Schweiz auch nur einen Zoll nachgeben.

Daß Rußland an der Konferenz beteiligt sein muß, wenn sie überhaupt etwas bezwecken soll, ist klar. Denn wenn dieses Land nicht in Uebereinstimmung mit den übrigen europäischen Ländern abrüstet, so sind alle Beschlüsse der anderen Mächte nutzlos. Das bezieht sich vor allem, aber nicht einzig, auf Rußlands Nachbarn, auf Rumänien und die anderen Balkanstaaten, auf die Tschechoslowakei, Polen, Finnland und die kleinen baltischen Staaten. Rußland also muß dabei sein, sonst kann man die ganze Konferenz unterlassen.

Rußland aber weigert sich absolut, eine Konferenz in Genf zu beschicken, solange die Schweiz für die Ermordung des russischen Gesandten Worowski im Jahre 1923 und die darauffolgende Freisprechung des Mörders Conradi nicht volle Genugtuung geleistet hat. Rußland fühlt sich unabhängig genug von der ganzen Welt, um auf seiner Forderung bestehen zu können, und die ganze neuere Geschichte läßt keinen Zweifel, daß es wirklich darauf bestehen wird.

Die Schweiz ist ebenso unnachgiebig. Nur wenn Rußland für die während der Revolution geschehene Plünderung der Schweizer Gesandtschaft und die Ermordung des Schweizer Gesandten Genugtuung leisten würde, würde sie sich zu einem gleichen Schritte herbeilassen. Das ist aber ausgeschlossen. Denn Rußland wird sich für nichts entschuldigen, das während des Umsturzes geschehen ist. Der Angeordnete Vallotin bemerkte im Parlamente zu Bern, die Schweiz könne niemals eine Regierung anerkennen, welche durch Maskeraden die Religion verhöhne, Christus und das Kreuz verbannt, dafür aber für Judas Ischariot ein Denkmal errichtet habe. Aus

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Der Völkerbund im Jahre 1925

(Von dem Genfer Mitarbeiter der „Deutschen Zukunft".)

Genf, 12. Januar 1926.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht soeben einen Ueberblick über die Arbeiten des Völkerbundes im Jahre 1925, der ein Bild von den mannigfachen Aufgaben gibt, vor die sich dieser internationale Organismus gestellt sieht.

In der Einleitung wird zunächst auf den Zusammenhang hingewiesen, der zwischen dem Völkerbund und dem Vertragswerk von Locarno besteht. Dieser Zusammenhang ist nach dieser Darstellung in erster Linie ein ursächlicher. Die Arbeiten des Völkerbundes auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit, des Sicherheitsproblems und der Abrüstung [illegible] der Erkenntnis geleitet, daß zunächst die Konflikte, die der Welt geschafft werden müssen, welche eine dauernde Bedrohung des Friedens zwischen den europäischen Ländern bedeuten und [illegible] Geist des Vertrauens nicht aufkommen lassen, der für die glückliche Beendigung dieser Arbeiten unerläßlich ist. Darüber hinaus ist dem Völkerbund in den Locarno-Verträgen ein bedeutender Platz eingeräumt. Mehrere der Artikel [illegible] bestimmte Aufgaben, und die Durchführung der Verträge ist ohne das Mechanismus des Völkerbundes schlechterdings undenkbar. Außerdem ist der Zutritt [illegible] des gesamten Vertragswerkes [illegible] dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht, [illegible] durch ein direkter Einfluß auf die Zusammensetzung des Bundes und seine Entwicklung zur Universalität ausgeübt wird. Ferner ist in Locarno ein Meinungsaustausch zum Abschluß gekommen, der im Oktober 1924 [illegible] und den Völkerbundsrat im Dezember desselben Jahres und im März 1925 beschäftigt hat: Der Meinungsaustausch zwischen der deutschen Regierung und den Mitgliedern des Völkerbundsrates über die Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund eintreten könnte, und über die Stellung Deutschlands im Völkerbund und zu bestimmten Artikeln des Völkerbundspaktes, vor allem zum Artikel 16.

In der Einleitung wird weiter darauf hingewiesen, daß der Völkerbund seine Aufgaben auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit, des Sicherheitsproblems und der Abrüstung durch den Abschluß der Locarnoverträge nicht als erledigt ansehen kann, sondern daß im Gegenteil jetzt der Weg für weitere Fortschritte frei geworden ist. So hat schon die Völkerbundsversammlung im September 1925 dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Rat nach Abschluß der damals noch schwebenden Verhandlungen die sich daraus ergebende neue Lage des Sicherheitsproblems einer Prüfung unterziehe. Ferner hat diese Versammlung den Rat ersucht, für die nächste Versammlung — die von 1926 — einen Bericht über die Fortschritte zu unterbreiten, die nunmehr auf dem Gebiete der allgemeinen friedlichen Regelung internationaler Streitfälle zur Verwirklichung reif geworden sind. Darüber hinaus hat die Versammlung den Rat vor die Aufgabe gestellt, die vorbereitenden Arbeiten für die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz in die Wege zu leiten und in Würdigung der Bedeutung des Wirtschaftsfriedens für die Sicherheit der Völker den Gedanken einer Weltwirtschaftskonferenz näher zu treten, welche die wirtschaftlichen Schwierigkeiten untersuchen soll, welche der Wiederherstellung der allgemeinen Wohlfahrt im Wege stehen.

Neben der Tagung der Generalversammlung — der sechsten seit Bestehen des Bundes — im September 1925 zeugen für die Tätigkeit des Völkerbundes im Laufe des Jahres 1925: fünf Tagungen, darunter eine außerordentliche, des Völkerbundsrates, vier Tagungen, darunter drei außerordentliche, des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag, zahlreiche internationale Konferenzen, an denen auch Nichtmitglieder des Völkerbundes — darunter auch Deutschland — teilnahmen, und von denen drei zum Abschluß internationaler Abkommen führten, und eine ganze Reihe von Tagungen der verschiedenen technischen Organisationen und Kommissionen des Völkerbundes. Soweit diese Tagungen sich mit Fragen des politischen Aufgabengebietes zu befassen hatten, handelte es sich um die Regelung von Grenzstreitigkeiten im Mossulgebiet und anläßlich des griechisch-bulgarischen Zwischenfalles, um die Anwendung des Artikels 23 des Paktes betreffend die Kontrolle des Waffenhandels, um die Regelung des Verfahrens beim Minderheitenschutz, die Regelung von Streitfragen zwischen Danzig und Polen und die Uebernahme der Verwaltung der Mandatsgebiete.

Auf dem technischen Aufgabengebiete waren die technischen Organisationen des Bundes: Wirtschafts- und Finanzorganisation, Verkehrs- und Transitorganisation, Hygieneorganisation und Kommission für geistige Zusammenarbeit, mit ihren laufenden Arbeiten beschäftigt. Auf humanitärem Gebiete kam es zum Abschluß von zwei internationalen Abkommen über den Opiumhandel, zur Konstituierung eines Kinderschutzkomitees, zur Ausarbeitung eines internationalen Abkommensentwurfs über die Sklaverei und zu einem Statutenentwurf für eine internationale Hilfsorganisation gegen Naturkatastrophen.

In einem Sonderabschnitt: Entwicklung des internationalen Rechts verbreitet sich der Bericht über die Arbeiten des Internationalen Gerichtshofes und der ersten Tagung des Ausschusses für das Studium der fortschreitenden Kodifizierung des internationalen Rechts.

Ein weiterer Abschnitt: „Politische Fragen", gibt einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Mossulfrage und die Erledigung des griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfalls. Auf dem Gebiete der Abrüstungsfrage hat die Nichtratifizierung des Genfer Protokolls die Einberufung der für 1925 geplanten Abrüstungskonferenz verhindert. Die Generalversammlung von 1925 hat daraufhin erneut den Rat aufgefordert, die vorbereitenden Arbeiten für eine solche Konferenz in Angriff zu nehmen. Dieser setzte zu diesem Zweck einen Sonderausschuß ein, in welchem außer den Regierungen der zehn Ratsmitglieder die Regierungen von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Bulgarien, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Jugoslawien vertreten sind. Ferner ist die russische Sowjetregierung eingeladen worden, an den Arbeiten dieses Ausschusses teilzunehmen. Diese

(Fortsetzung auf Seite 4.)